

GASTKOMMENTAR

Die EZB als Kreditgeber für Staaten?



DIRK MEYER UND ARNE HANSEN

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ankauf von Staatsanleihen (Public Sector Purchase Programme, PSPP) vom Mai 2020 fiel in die ökonomisch heikle Zeit des Lockdown. Die Europäische Zentralbank reagierte schnell und massiv auf die Corona-Krise: Neben zusätzlichen Nettoankäufen von Vermögenswerten in Höhe von 120 Milliarden Euro wurde das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) in Höhe von aktuell 1350 Milliarden Euro aufgelegt. Bei den PSPP-Ankäufen sieht das Gericht zwar keinen offensichtlichen Verstoß gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Jedoch beruht das Urteil in weiten Teilen auf einer formal-juristischen Prüfung der EZB-Beschlüsse zum PSPP-Ankaufprogramm. Den inhaltlichen Kontext bilden allerdings ökonomische Fakten und Zusammenhänge. Diese werfen hinsichtlich des Tatbestandes einer monetären Staatsfinanzierung Fragen auf.

Der Euro ist eine Gemeinschaftswährung, die die EZB zentral für die Euro-Zone in den Verkehr bringt. So jedenfalls dürften die meisten Bürger denken. Die Identität des Euro-Geldes als Emissionsgemeinschaft und Annahmegergemeinschaft ist wichtig, wie auch der Zerfall der Kronenzone (1918-1920) sowie der Rubelzone (1991-1995) belegen. Den wenigsten dürfte indes bekannt sein, dass die jeweiligen Euro-Staaten Zentralbankgeld in nicht unerheblichem Umfang auf eigene Rechnung und Risiko schöpfen. Dies trifft im Besonderen auf die seit 2015 laufenden Staatsanleiheankäufe des PSPP-Programms zu. Bei einem Umfang von 2405 Milliarden Euro machen sie rund 40 Prozent der Bilanzsumme des Euro-Systems aus. Unter Berücksichtigung der Nettofinanzanlagen auf eigene Rechnung (ANFA) beruht mehr als ein Drittel der Euro-Zentralbankgeldmenge auf nationaler Geldschöpfung – genehmigt durch einfachen Mehrheitsbeschluss des EZB-Rates.

Laut EZB-Beschluss und Bedingungen des BVerfG sollen die Ankäufe nationaler Staatsanleihen dem EZB-Kapitalschlüssel folgen und die 33-Prozent-Grenze nicht überschreiten. Diese Bedingungen „sind insoweit die entscheidenden ‚Garantien‘, an denen sich die mangelnde Offensichtlichkeit eines Verstoßes gegen das Umgehungsverbot aus Art. 123 AEUV festmachen lässt“ (BVerfG).

Schaut man auf die aktuellen Daten, so besteht nach einer kürzlich von uns veröffentlichten Studie eine länderspezifisch teilweise erhebliche Abweichung, die die Einheitlichkeit der Geldpolitik infrage stellt. Betrachtet man die nach PSPP-Anteilen fünf größten Länder, so wurden – gemessen am EZB-Richtwert „Kapitalanteil“ – übermäßig viele Staatsanleihen gekauft von Italien (Abweichung um 9,8 Prozent, entsprechend 36,8 Mrd. Euro), Spanien (8,2 Prozent / 21,6 Mrd. Euro) und Frankreich (7,6 Prozent / 34,1 Mrd. Euro), während zu wenige von den Niederlanden erworben wurden (minus 11,7 Prozent / minus 15,1 Mrd. Euro) und von Deutschland (minus 4,5 Prozent / minus 26,4 Mrd. Euro). Darüber hinaus besteht zu einem Teil der Ankäufe der nationalen Zentralbanken auf eigene Rechnung Intransparenz, sodass die 33-Prozent-Obergrenze öffentlich nicht nachvollzogen werden kann.

Infolge der anhaltend substantziellen PSPP-Asymmetrie wurde die Grenze zwischen einer geldpolitischen und einer fiskalisch-wirtschaftspolitischen Ausrichtung der EZB de facto überschritten. Für die innerhalb des PSPP-Programms überwogen und hoch verschuldeten Krisenstaaten fungieren die Ankäufe als Ersatz für fiskalische Rettungshilfen. Die EZB wird dadurch zum Kreditgeber der letzten Instanz für Staaten. Da der Beschluss der EZB zum neuen Pandemie-Notfallankaufprogramm die oben genannten Bedingungen entweder gar nicht oder wesentlich weicher fasst, könnte – bei Anlegung der Kriterien des BVerfG – ein klarer Verstoß gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung vorliegen.

Dirk Meyer lehrt am Institut für Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg. Arne Hansen ist dort Mitarbeiter.

ESSAY



„Der islamische Separatismus will die Werte der Republik aushöhlen“: Präsident Macron bei einer Zeremonie im Rathaus von Paris

Frankreich verliert seine Werte

Ein Archipel ist eine Region, die aus einer Inselgruppe und den Gewässern zwischen den Inseln besteht. Als „Archipel“ bezeichnete 2019 der Politologe Jérôme Fourquet Frankreich. Er sprach von einer „vielschichtigen und in sich gespaltenen Gesellschaft“ – dem Gegenbild der „einen und unteilbaren Republik“, wie es in der französischen Verfassung heißt. „Archipel“ ist zu einem Hauptwort des politischen Vokabulars geworden, das Verb „archipeliser“ benutzen die Franzosen, um Entwicklungen zu beschreiben, welche die Spaltungen im Inneren des Landes weiter verschärfen. Wie ernst Emmanuel Macron diese Entwicklungen nimmt, zeigt sein Entwurf eines „Gesetzes über die Separatismen“, das sich in erster Linie gegen den „islamischen Separatismus“ richtet, „ein politisch-religiöses Projekt, das darauf abzielt, die Werte der Republik auszuhöhlen“.

Verantwortlich für die Konflikte, welche den inneren Zusammenhalt der französischen Gesellschaft schwächen, ist aber nicht allein der Islamismus. Entscheidend, so der einflussreiche Publizist Jacques Julliard, ist der Niedergang dreier „Visionen des Universalismus“: des katholischen Glaubens, der republikanischen Überzeugung und der sozialistischen Hoffnung. Wie sehr diese allumfassende These die französischen Leser provozierte, zeigte sich darin, dass der Artikel Julliards unmittelbar

nach seiner Publikation bereits zweihundert Kommentare gefunden hatte. Als schuldig am Niedergang der drei „Universalismen“ galten: die politische Rechte, die politische Linke, der Islamismus, der Individualismus, der Kollektivismus, die Psychoanalyse, der Dekonstruktivismus, der Neoliberalismus, die Konsumgesellschaft und das Fernsehen. Mehrfach genanntes Fazit: Wenn man Millionen von Menschen einwandern lässt, denen die drei „Universalismen“ nichts bedeuten, muss man sich nicht wundern, wenn diese schließlich verschwinden.

Die These vom Verschwinden oder zumindest von der Schwächung der drei „Universalismen“ lässt sich leicht bestätigen. Die politischen Auseinandersetzungen in Frankreich wurden bis weit ins 20. Jahrhundert vom Gegensatz zwischen Katholizismus und Antiklerikalismus geprägt, innerhalb der Gemeinde von der Konkurrenz zwischen dem Pfarrer und dem laizistischen, oft kommunistischen Lehrer, von einer Don Camillo und Peppone-Konfrontation à la française.

Die zunehmende Fragmentierung der französischen Gesellschaft begann um 1970 mit dem spektakulären Niedergang des Katholizismus und dem gleichzeitigen Bedeutungsverlust der „roten Kirche“, das heißt der Kommunistischen Partei. Die praktizierenden Katholiken machen heute nur noch zwischen sechs und zwölf Prozent der französischen Bevölkerung aus, die Kommunistische Partei,

Die französische Gesellschaft ist in ihrem inneren Zusammenhalt geschwächt. Schuld daran ist nicht nur der Islamismus, sondern auch der Niedergang traditioneller Milieus



WOLF LEPIENIES

die bis 1970 stets zwischen 20 und 25 Prozent der Wählerstimmen erhielt, ist zu einer bedeutungslosen Splittergruppe geworden, bei den Parlamentswahlen 2017 erhielt sie 2,72 Prozent. Mit dem fast völligen Verschwinden des katholisch-kommunistischen Gegensatzpaars ist ein wichtiger Orientierungspunkt in der französischen politischen Landschaft verloren gegangen.

Diversifizierung und Individualisierung schwächen den Zusammenhalt innerhalb der Republik. So waren nicht alle Franzosen nach den Attentaten vom Januar 2015 „Charlie“. In den einzelnen Städten variierte die Teilnehmerzahl bei den Solidaritätsdemonstrationen für Charlie Hebdo zwischen zwei und 71 Prozent. In der Schule lernen Kinder nicht mehr wie selbstverständlich die Namen der Präfekturen, die Fabeln von La Fontaine und die wichtigsten Daten der französischen Geschichte. In ihrem Bestseller „Histoire Mondiale de la France“ forderten bekannte Historiker, die Suche nach einer spezifischen Identität Frankreichs aufzugeben, weil die französische Zivilisation ein „brüderlicher Schatz von Mischlingskulturen“ sei.

Die Suche nach einer unverwechselbaren „Identität“ sei eine französische Obsession, die kulturelle Vielfalt infrage stelle und zu einer feindlichen Haltung gegenüber den „angeblich schädlichen Folgen der Immigration“ geführt habe. In ihrer Suche nach „alternativen Daten“ der französischen Geschichte und in ihrer provozierenden Auslassung zentraler Ereignisse, wie des Gesetzes von 1905 zur Trennung von Staat und Kirche, widersprechen die Historiker Emmanuel Macron, der am 4. September 2020 in seiner Gedenkrede zum 150. Jahrestag der Proklamation der Dritten Republik erklärte: „Man wählt Frankreich, man wählt nicht einen Teil seiner Geschichte.“ Unterdessen nimmt auf der Straße und in den Plätzen die Aggression gegenüber Amtsinhabern und politischen Repräsentanten zu, die Bewegung der „Gelbwesten“, die sich nach Abklingen der Corona-Krise wieder verstärken wird, ist nicht nur gegen Macron, sie ist gegen den Parlamentarismus und im weiteren Sinn gegen „das System“ gerichtet.

Die drei „Universalismen“, so Julliard, haben weltweit die Ideale nicht verwirklicht, für die sie stehen, sie alle unterliegen einem moralischen Verdikt: das Christentum ist zu oft Komplize der Mächtigen gewesen, der Sozialismus hat mit grausamen Tyrannen paktiert und die Republik hat im Inneren die Gleichheit gestärkt und nach außen Kolonialismus und Rassismus geduldet und befördert.

Abschreckendes Beispiel in Frankreich ist dafür Jules Ferry, der als Minister und Ministerpräsident mit den Gesetzen von 1882 allen französischen Kindern die kostenlose und laizistische Schulbildung garantierte und gleichzeitig den Kolonialismus damit rechtfertigte, dass „die höheren Rassen eine Pflicht haben, die niederen Rassen zu zivilisieren“. Auch wenn es sich bei den drei Universalismen um weltweite „Visionen“ handelt, wird ihr Niedergang in Frankreich als besonders schmerzhaft empfunden. Bereits vor der Französischen Revolution und der Gründung der Ersten Republik prägte der Anspruch auf universale Geltung die Politik und die Kultur Frankreichs. 1784 gewann Antoine de Rivarol den Preis der Berliner Akademie für seine „Abhandlung über die Universalität der französischen Sprache“ – wie selbstverständlich hatte die Akademie die Preisfrage auf Französisch formuliert.

Bis heute hält die französische Kulturpolitik am Universalitätsanspruch des Französischen fest – auch wenn die „Francophonie“ gegenüber der „Anglosphäre“ längst auf verlorenem Posten steht. Der Universalitätsanspruch steigerte sich in der Französischen Revolution. Nicht nur Robespierre war davon überzeugt, durch seine Revolution sei das französische Volk allen anderen um zweitausend Jahre vorausgeeilt, man könne glauben, es sei zu einer neuen Spezies geworden. Mit der Staatsform der „Republik“ hatte das Menschengeschlecht seinen allgemeingültigen politischen Ausdruck gefunden. Diese Auffassung kommt heute noch in der Schlussformel französischer Politikerreden zum Ausdruck, in denen zum pathetischen „Vive la France!“ das nicht weniger pathetische „Vive la République!“ gehört. Damit ist nicht nur die französische Republik gemeint, sondern ein universal gültiges politisches Ideal, das in Frankreich zum ersten Mal verwirklicht wurde.

Wir leben in einer Zeit, in welcher der Einfluss internationaler oder internationaler Institutionen dramatisch abnimmt, ob es sich nun um die EU, die UNO, die NATO, die G7 oder die G20 handelt. Sie alle sind mehr oder weniger handlungsunfähig, weil sich ihre Mitglieder auf Prinzipien eines gemeinsamen Handelns nicht mehr einigen können. In der sich ausweitenden Globalisierung schwinden die Universalismen.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 *)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Tietz
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Chefredakteur: Torsten Krauel
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Oliver Michalsky, Arne Tietz
 Stv. Philip Jürgens, Lars Winkler
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster
 Forum: Eva Marie Kogel, Stv. Rainer Haubrich
 Investigation/Reportage: Manuel Bewarder, Anette Doweidt
 Außenpolitik: Klaus Geiger
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersmann, Stv. Dietmar Deffner, Thomas Exner (Senior Editor)
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lüthmann
 Literarische Welt: Dr. Mara Delius

Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerling
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
 Sport: Matthias Brügelmann
 Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach
 Nachrichten/Unterhaltung: Falk Schneider
 Community/Social: Thore Barfuss
 WELTplus: Sebastian Lange
 Video: Martin Heller

GvD Produktion: Patricia Plate
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
 Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann, Dr. Clemens Wergin
 Chefredakteur Ökonomie: Dr. Dorothea Siems
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
 Chefredakteur

Feuilleton: Dr. Jan Klüveler
 Chefredakteur Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
 Chefredakteur: Stefan Frommann, Heike Vowinkel
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
 Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz
 Budapest: Boris Kalnoky
 Istanbul: Deniz Yücel
 Kapstadt: Christian Putsch
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling
 Marrakesch: Alfred Hackensberger
 Moskau: Pavel Lokshin
 New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister
 Warschau: Philipp Fritz
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm